

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile ober-
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Abonnements-Einladung

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Unsere geehrten Post-Abonnenten bitten wir, das
Abonnement für das 1. Quartal 1880 recht bald er-
neuern zu wollen. Seitens der Abonnenten bei unsern
Boten in Stadt und Land nehmen wir wie bisher, so
auch ferner an, daß die Fortdauer des Abonnements ge-
wünscht wird, so lange keine Abbestellung erfolgt.

Gesellschaft für Buchdruckerei:
P. M. Schmitz. Joseph Broig.

Deutschland.

Berlin, 19. Decr. Abgeordnetenhaus. Der erste
Gegenstand der Tagesordnung, Verzeichnis von Petitionen, welche
von den Commissionen zur Erörterung im Plenum für geeignet
erachtet worden sind, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Interpellation der Abg. Frhr. v. Huene
und Gen., betreffend den Nothstand in Oberschlesien.

Die Interpellation lautet bekanntlich:
1. Welche Resultate haben die amtlichen Ermittlungen über
den Umfang des in Oberschlesien eingetretenen Nothstandes
ergeben?
2. Welche Maßregeln hat die königliche Staatsregierung ge-
troffen, um dem Nothstande zu begegnen?
3. Beabsichtigt die königliche Staatsregierung eventuell mit
einer Forderung an die Landesvertretung heranzutreten be-
zugs Beischaffung außerordentlicher Mittel zur Beseitigung des
Nothstandes?

Finanzminister Bitter erklärt, daß die Regierung bereit sei,
die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort
Abg. Frhr. v. Huene: „M. H.! Nach zwei Tagen parla-
mentarischer Kämpfe, nach zwei Sitzungen, in welchen die Gegen-
sätze scharf gegeneinander getreten sind, vereinigt uns der Gegen-
stand der heutigen Interpellation auf dem gemeinsamen Boden
der Theilnahme für die Noth unserer Mitbürger. Gestatten Sie
mir, mit zwei Worten die Geschichte dieser Interpellation hier zu
erwähnen. Bereits vor vier Wochen waren die schlesischen Mit-
glieder der Centrumsfraction zusammengetreten und hatten den
Beschluss gefaßt eine solche Interpellation einzubringen. Den
zweiten Tag darauf, bevor dieser Beschluss zur Ausführung kom-
men konnte, gab der Herr Minister für die Landwirtschaft hier
eine Erklärung in Betreff des ober-schlesischen Nothstandes ab.
Es erschien uns damals vollständig überflüssig, von Neuem die
Regierung darüber zu befragen, um lediglich dieselbe Antwort
hervorzurufen, die wir bereits erhalten hatten. Es haben sich
aber während der Zeit die Verhältnisse weiter ausgebildet. Es
ist ja bekannt, daß aus dem Hause heraus der Wunsch nach einer
Interpellation fundamente ist durch den Abg. Dr. v. Chtapowski.

Der erste Jagdtag.

Aus den Erinnerungen eines soliden Staatsbürgers.
Erzählung von Edmund Höfer.

(Schluß.)

Mein Vetter hatte unsere Unterhaltung, die in Wirklichkeit ein
wenig rasernd und — ich möchte sagen: pikant verließ, als ich
sie mittheile, verwundert und kopfschüttelnd angehört. „Was
heißt das alles?“ fragte er jetzt endlich. „Was habt Ihr Kraus-
köpfe mit einander gehabt? Ich verstehe kein Wort davon?“
„Das ist auch gar nicht nötig“, erwiderte Heiden lustig.
„Gelt, Vetter, das bleibt Geheimnis zwischen Euch und mir —
der alte Vetter da muß sich einmal vergeblich abzapfen! Kurz
und gut, daß wir jetzt beide dicke Freunde sind und uns nicht
mehr duelliren wollen. Holla — genug geschwätzt! Fortsetzung
unterwegs und beim Wein!“ brach er ab, denn der erste Donner
krachte schon und ein jäher Windstoß fuhr brausend durch die
Wipfel. „Vorwärts, daß wir durch den Bruch kommen, bevor
da oben die Regelpartie los geht!“ — Martin, Dir kann ich den
nassen Wudel nicht sparen — der Hirsch darf nicht allein bleiben;
die von drüben stehen ihn uns sonst! Ich denke aber, der
Franz wird schon mit dem Wagen unterwegs sein. Also, allens
marsch!“

Mein Vetter hatte inzwischen den Himmel und den Wolkenszug
studirt. „Ich meine, wir machen uns beim Cuvar“, sagte er
zu mir, „die Hauptplade trifft uns keinesfalls und ein bisschen
Regen fürchten wir Beide nicht. Ich sollte gleich nach Mittag
dabei sein.“

„So, bist Du nun fertig?“ sprach der Nachbar, der ihn bis-
her mit spöttischem Blick beobachtet. „Was fällt Dir ein, alter
Philister? Was hast Du nach Hause zu pressiren, daß Du lieber
eine Stunde durch den Regen läufst, als in zwanzig Minuten
unter Dach und Fach und bei einem Diner sitzt, das meine
—“ und er lästete die Mähe — „Frau Gemahlin schon extra
für Dich Ledermaul gerichtet, und vor einem Glase Wein aus
Heidens Keller? Abgemacht! Und willst Du nicht, so lauf,
der Vetter geht mit mir! — Vorwärts! Ich werde dem Franz
Weine machen, Martin! — Kommt!“ Und damit schritt er uns

voran, um die Bude, und dann kam die Partie durch den
Bruch, von der ich schon gemeldet, und dann ging's den Fuß-
steig hin, — immer zwischen dem alten und dem jungen Walde
entlang, ohne Aufenthalt und ohne viele Worte, denn vom
Himmel herab musicierte es immer lauter und lauter und über-
tönte unsere Stimmen, und dann fing auch der Regen mit dem
Vorspiel der großen Tropfen und dem nachfolgenden gewaltigen
Guß an, dem Laub und Geviß, wie nicht sie auch waren,
nicht Stand zu halten und ihn von uns abzuwehren vermochten.
Und nun standen wir am Rande des Waldes und sahen durch
die Regentirren in kaum erkennbaren Umrisen die Gebäude
des Gutshofes in kurzer Entfernung vor uns. Von Schutz und
Deckung war hier keine Rede mehr.

„Wollen wir?“ fragte Heiden — selbst seine Stimme klang
ein wenig zweifelnd.

„Na, sollen wir da auf diesem angenehmen Fleck vielleicht
allmählich auseinanderweichen?“ fragte mein Vetter spottend.

„Na, dann wollen wir!“ rief der Nachbar lustig; „Nägen
über die Ohren und — Rüd' in die Höb! Und damit rannte
er davon und wir hinter ihm d'rein, nicht wie anständiger, ge-
sekte, erwachsene Leute, sondern wie die Schuljungen, wenn sie
eine unverhoffte Freistunde erhalten haben.“

Um den Garten ging es herum, auf den Hof, in das Haus,
wie ein Ungeheuer, — ein Blick fuhr grade hinter uns d'rein,
als wolle er uns einholen, und der Donner brüllte, daß das
Haus bebte, und dazu schrie Heiden einer schlanken, noch schönen
Frau, die auf dem Fluß stand und ganz erschrocken vor uns
zurückwich, lustig zu: „Frau Gemahlin, Alte, Frau von Heiden,
erkennen Hochdieselben den Gemahl nicht, den Nachbar und den
Vetter?“

Und mein Vetter rief lachend und sich schüttelnd: „Gelt,
Frau Nachbarin, Sie sehen nur drei gebadete Kagen?“ — Der
Humor war den alten Burken nicht ausgegangen, wie es denn
ja überhaupt besonders grämliche Gemüther zu sein pflegen, die
bei einer solchen Wasserfahrt zu Lande verdrießlich und wider-
wärtig werden. Ich zum mindesten habe bei ähnlichen Gelegen-
heiten grade die Trodenen und am meisten Bedäntlichen, so zu
sagen am besten und lustigsten ausleben sehen, — weshalb?
Wer erklärt mir das?

Und nun entwidelte der wilde Bursche eine nicht minder

und die Organe der Selbstverwaltung der Provinz sind mit aller
Energie der Frage der Unterstützung der Nothleidenden näher
getreten. Es liegt mir hier aus authentischer Quelle eine Zu-
sammenstellung vor, welche ergibt, daß die Provinz bis jetzt
2 488 000 M. zu diesem Zwecke flüssig gemacht hat. Trotzdem
glaube ich nicht zu irren, daß ohne eine Staatshilfe auf die
Dauer diesem Nothstande nicht gesteuert werden kann. Ich finde
die Bestätigung dieser Ansicht in einem Schreiben des Landes-
hauptmanns von Schlesien, welches mir heute von einem Mit-
gliede des Hauses übergeben ist. Der Landeshauptmann spricht
dort ausdrücklich aus, nachdem er dargelegt hat, was bis jetzt
geschehen ist:

Unter diesen Umständen ist die Ueberzeugung nicht zu
unterdrücken, daß der Provinzialverband ohne umfangreiche
Staatsunterstützung nicht potent ist, dem Elend erfolgreich
zu steuern.

In dieser Voraussetzung, daß eine derartige Staatshilfe nötig
werden kann, und wie ich jetzt annehmen muß, nötig werden
wird, ist die dritte Frage an die tgl. Staatsregierung gestellt.
Diese dritte Frage soll sowohl der tgl. Staatsregierung wie dem
Landes gegenüber dem Gedanken Ausdruck geben, daß die Landes-
vertretung bereit sein wird, die Mittel zu bewilligen, welche zur
Bewältigung des Nothstandes erforderlich sein werden. Ich komme
zum Schluß und bitte die tgl. Staatsregierung durch eine mög-
lich eingehende Beantwortung dieser Fragen zur Beruhigung des
Landes beizutragen; und ich bin überzeugt, es wird derselben eine
willkommene Gelegenheit sein, durch unsere Interpellation in die
Lage zu kommen dies zu thun.“ (Bravo.)

Die Rede des Finanzministers Bitter haben wir bereits
in einem ziemlich ausführlichen Auszuge mitgetheilt, so daß wir
auf dieselbe nicht mehr zurückkommen brauchen. Die in der
vorigen Nummer mitgetheilten Zahlangaben sind folgendermaßen
zu berichtigen:

Abgesehen von Ratibor, Rosel, Rybnit und Pleß sind Noth-
stands-Erichnungen nicht unbedenklicher Art hervorgetreten in den
Kreislen Gleiwitz und Lublitz. Die Bevölkerung zählt, wenn
man die Städte abrechnet, etwa 400 000 Seelen; davon sind
dem Nothstande verfallen oder werden ihm mutmaßlich verfallen
80—85 000 Menschen. Ann. der Red.

Berlin, 20. Dec. Nach der „Germania“ theilt der Reichs-
kanzler in der Elbinger Schulfrage ganz den Standpunkt
des Kultusministers. Betreffs der Abstimmung über die Elbinger
Simultaninspektion schreibt die „Germania“: In der konservativen
Presse spiegelt sich die lauteste Freude über die beiden Tage
wieder; auch wir sind von lebhafter Genugthuung über das
Resultat der gestrigen Abstimmung erfüllt; aber wir wissen recht
wohl, daß damit nicht viel gewonnen ist, daß vielmehr auf dem
Gebiete der Schule noch fast alles zu erringen übrig bleibt,
vielleicht auch gegen den Kultusminister von Buttiker. Die
„Kreuzzeitung“ schreibt: Daß im December 1879 eine Mehrheit
von 98 Stimmen für die confessionelle Volksschule überhaupte
möglich und vorhanden war, am Schlusse desselben Jahres, in
dessen ganzer erster Hälfte noch der Minister Falk dem Cultus-
ministerium vorgehanden hat, das ist hoch erfreulich und Beweiss
genug für die gesunde Kraft, die lange in unserem Volke

wilde, aber propätrige Gastlichkeit, von den Häufen von Wasche
und trockenen Kleidern aller Art an, die sich plötzlich um uns
in seinem Schlafzimmer zusammenfanden und in die er sich und
uns auf das Tollste hinein kostümirte, bis auf den nur allzu
äppigen und pikanten Imbiß, der auch dem innerlichen Menschen
wieder aufhellen sollte; und beim Diner, das auch einem weni-
ger hungrigen und vermöbteren Gaumen, als der unsere nach
den Strapazen des Morgens war, völlig genug gethan; beim
Wein und einer rasch bereiteten delikaten Bowle, beim Kaffe und
wieder beim Wein; welche beiden letzteren Genüsse nun schon in
der wieder trockenen und luftigen Laube des Gartens uns gebo-
ten wurden! Und dazu seine Einfälle, lustige und ungeheuerliche,
seine Redereien, sein Plaudern! — „Gelt, Vetter,“ sagte er
einmal lachend zu mir und bot mir sein Glas über den Tisch
entgegen, „der Heiden ist doch kein Kinderfresser, wie Ihr mich
quert tarirt habt?“ — Ich stimmte ihm gleichfalls lachend und
von Herzen zu.

Ich sage nichts mehr davon, nichts von seinem Treiben,
nichts von seinem Trinken, welches Letztere mich an die Anekdoten
von jenem erinnerte, der mit einem Dugend Flaschen Champag-
ner im Wagen über die Grenze zu einem Freunde fahrend und
von dem Zollbeamten abgefaßt, diesem die freundliche Betrü-
gung gab, daß das Dugend sein Reisebedarf sei, und zum Be-
weise vor den Augen des Verstummenben eine geöffnete Flasche,
ohne abzusehen, leerte. — Doch war sein Trinken dies erste Mal
für mich insofern bedenklich, als ich bald merken konnte, daß er
es auf mich abgesehen hatte. Ich nahm mich inbeffen zusammen
und hielt mich Gottlob so, daß ich Abends mit freierem Kopf
als mein Vetter auf den Wagen steigen konnte, der uns heim-
brachte. Das gewann mir den wilden Nachbar von neuem.
„Na, Vetter, Stadtkind und Rechtsverbreher und doch ein Schütz-
und doch ein Weinkenner — na, der alte Schlag stirbt nicht
aus!“ rief er mir noch im Abfahren zu. „Heiden's Haus ist
offen für Euch!“

Genug erzählt. Ich wollte euch nur ein Stücklein Erinne-
rung geben aus der Zeit, da auch ich noch jung war!

schummerte, nun aber zum Ausdruck und mehr und mehr zur Geltung kommt.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Reichsverfassung beantragte Bayern, an der jährlichen Berufung des Bundesraths festzuhalten. Dieser Antrag, sowie der Antrag Hessens, die jährliche Berufung des Bundesraths und des Reichstags beizubehalten, wurde, wie die „Ausg. Allg. Stg.“ mittheilt, mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Bei der Schlussabstimmung votirten Hessen und Bremen gegen das Gesetz.

Ueber den Besuch des Herrn Ober-Präsidenten in Posen und über den Nothstand im Rybnitzer Kreise wird noch Folgendes berichtet:

Der Oberpräsident, Herr v. Seydewitz, war am 13. d. M., begleitet von dem Präsidialrath Löwenberg und dem Kreis-Landrath Gieseler hier anwesend und hat sich persönlich aller Orten von der Lage des Nothstandes Ueberzeugung und von allen getroffenen Arrangements die genaueste Kenntniss verschafft. Der Herr Ober-Präsident sprach seine volle Zufriedenheit aus und stellte weitere Gaben in sichere Aussicht. Ebenso besuchte der Herr Ober-Präsident einige Ortschaften in der Umgegend und hat aus dort von der traurigen Lage Kenntniss genommen und Güte nach Kräften versprochen. Wie sehr die ländlichen Ortschaften unseres südlichen Kreises vom Nothstand zu leiden haben, davon nur ein einziges Beispiel. In Giergowitz fand Oberamtmann Polle, welcher dort Viebesgaben vertheilt, eine entsetzliche Noth. Die schon lange darbedenden Leute aßen die zur Vertheilung gelangten Erbsen vor Hunger sofort roh. Ein gähnendes Elend strahlte Herrn P. fast überall entgegen. In Koschütz hat Herr Dr. med. Reich einen Typhusfall constatirt, ebenso in Buschewau. Die energikräftigsten Maßregeln sind angeordnet worden.

Posen, 18. December. Nach Mittheilungen aus Warchau hat die russische Regierung Sammlungen für Oberschlesien gestattet. Sämmtliche Warchauer Journale veröffentlichen, wie die „Nordd. Allg. Stg.“ erfährt, warme Ausrufe zur Einsetzung von Beiträgen für die Nothleidenden in Oberschlesien.

Aus dem Regierungsbezirk Arnberg, 18. Dec., schreibt man dem „W. M.“: „Von Hochum kommt die Kunde, daß man in unserem Regierungsbezirk eine Agitation zu Gunsten des neulich von dem Abgeordneten Windhorst und Schröder (Vöppel) angegriffenen Regierungs-Präsidenten Steinmann in Arnberg in Scene zieht. Man will in einem an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Schreiben namentlich hervorheben, wie der genannte Beamte bei all seinen Handlungen von dem „größten Wohlwollen“ gegen die unter seiner Verwaltung stehende Bevölkerung, gleichviel welcher Confession, erfüllt ist. Da erscheint es angebracht, die Thatsachen sprechen zu lassen. In einem katholischen Amte des hiesigen Bezirks wurde vor beiläufig 3 Jahren gegen den Ehren-Amtmann die Disciplinar-Untersuchung eröffnet, weil er sich an der Wahlenbewegung im Sinne der Centrumpartei betheiligt hatte, demnachst auch gegen denselben auf Dienst-Entlassung erkannt. Zur Verwaltung des dadurch erledigten Amtes wurde zuerst ein auscheinend noch wenig eingetübter Herr geschickt, den die Behörde nach Verlauf von 3/4 Jahren selbst zurückrufen sich veranlaßt sah. Darauf übernahm auf Verfügung des Regierungs-Präsidenten im Juni 1878 ein ehemaliger Offizier — Hauptmann a. D. — die Amtsverwaltung. Ueber die Wirksamkeit dieses Herrn ist viel zu sagen; wie wenig er es jedoch verstanden hat, sich das Zutrauen der Amtseingesessenen zu erwerben, beweist der Umstand, daß die vor zwei Monaten stattgefundene Amtsverammlung einstimmig den Beschluß gefaßt hat, die Behörden zu bitten, den betreffenden Amtmann nicht definitiv anzustellen, indem, wie es in dem von dem vorkommenden Landrath aufgenommenen Protokolle heißt, demselben die Fähigkeit zur Verwaltung eines solchen Amtes abgebe, er auch mit dem Publikum durchaus nicht verkehren könne. Trotzdem ist besagter Amtmann noch heute im Dienste und die Amtseingewohnten müssen denselben — bezahlen. Zeugt das von Wohlwollen?“

Belgien.

Brüssel, 19. Decbr. Bei Beratung des Militäretats hat der Kriegsminister, Generalleutnant Viagre, vorgestern eine sehr auffallende Erklärung abgegeben. Die katholischen Deputirten beläugelten Viagre's Ausführung des Militärgesetzes und wiesen nach, daß der jetzt practicirte Aushebungsmodus den Effectivbestand der belgischen Armee statt auf 100 000 Mann auf 107 000 bringe. Der Minister suchte das zwar zu bestritten, hob aber auch gleichzeitig für Belgien die Nothwendigkeit hervor, für alle Fälle gerüstet zu sein.

Die Situation Europas, sagte er, hat etwas Mysteriöses und Drohendes. Lassen wir uns nicht überraschen. Wachen wir und wenden wir Präventivmaßregeln an. Unsere mächtigen Nachbarn beobachten uns. Ein hervorragendes deutsches Blatt hat vor einem Monate ausgeführt, die Militärorganisation Belgiens sei hinter der seiner Nachbarn zurückgeblieben, und die Sorge für seine Neutralität lege Belgien die Pflicht auf, für einen Militärstand Sorge zu tragen, der ihm seine Vertheidigung ermöglicht. Die Regierung muß also auf die Bereitwilligkeit des Landes zur Bewilligung ausreichender Vertheidigungsmittel rechnen können. Deutschland und Frankreich betrachten sich misstrauisch, und auf beiden Seiten macht man sich auf einen Bruch gefaßt. Wir müssen also wachsam sein und uns darauf vorbereiten, uns im Nothfalle zu vertheidigen. Wir müssen bereit sein, dem ersten Ueberfall eine Schranke entgegen zu setzen. Eine Nation, die sich nicht vertheidigen kann, ist nicht werth zu leben. Unsere nationale Parole muß vervollständigt werden: wenn es wahr ist, daß Einigkeit Kraft bewirkt, so ist es ebenso wahr, daß die Kraft dem Recht zum Respekte verhilft.

Frankreich.

Paris, 19. Dec. Der Senat hat, nachdem die Deputirtenkammer ihre früheren Beschlüsse bezüglich des Budgets aufrechterhalten hat, letzteres nunmehr der Finanzcommission überwiesen; die Beratung und Abstimmung im Plenum des Senats findet morgen statt. Sodann erfolgt der Schluß der Session.

Der Pariser Gemeinderath hat heute mit 32 gegen 6 Stimmen und 13 Stimmenthaltung folgenden Beschluß angenommen:

1. Der Municipalrath verwirft die von der Verwaltung in dem Etat für 1880 vorgeschlagenen Kultuskosten. 2. Er

ladet den Präfecten ein, die den Schulbrüdern und den barmherzigen Schwestern gratis überlassenen Gebäude der Stadt, die einen jährlichen Mietzsertrag von 300 000 Frs. abwerfen würden, diesen zu entziehen. 3. Er spricht den Wunsch aus: die Gesetzgebung möge sobald als möglich dahin geändert werden, daß die Gemeinden wider (?) die freie Disposition über die Immobilien erlangen, die ihnen gehören und die augenblicklich den Culten gewidmet sind, sowie dahin, daß die Gemeinden nicht mehr zu Leistungen an die verschiedenen Religionen verpflichtet bleiben.

Es handelt sich für den „liberalen“ Stadtrath darum, den Katholiken, Protestanten u. d. Kirchen zu entziehen, welche Stadteigenthum sind, und darum, seiner Beitragspflicht zu den Cultuskosten entbunden zu werden. Falsch ist, daß die Stadt je die freie Disposition über die Kirchen gehabt hat, und ob die Legislative dem Wunsche unserer radicalen atheistischen Stadtväter entspricht, ist denn doch zu bezweifeln.

Rußland.

Warschau, 17. Dec. Mit welcher Mißachtung die russischen Polen grundsätzlich von der Regierung behandelt werden, zeigt sich selbst an den Concessionen, die man ihnen macht. So hat jetzt der Justizminister dem Reichsrath einen Gesetzentwurf zur legislatorischen Prüfung unterbreitet, welcher bestimmt, daß von den Gerichten des Warchauer Justizbezirks an den katholischen Feiertagen keine Termine abgehalten sind. Bisher wird nämlich von keiner Behörde im Königreich Polen irgend welche Rücksicht auf die „fremden“ Bekenntnisse genommen, denen auch das katholische Bekenntnis beigegeben wird, wiewohl demselben 3/4 der christlichen Bevölkerung des Landes angehören. — In Podlachien hat sich wieder eine der gewaltthätigsten mit der russischen Staatskirche vereinigten, unierten (athol.) Gemeinden, gegen den Beehl der orthodoxen (russischen) Kirche zu befehlen und die Kinder vom orthodoxen Glauben zu lassen, entschieden aufgelehnt. Die schreckliche Folge dieser Auflehnung war, daß die Gemeinde mit militärischer Zwangseingekerkung belegt und durch die von ihr betriebenen starken Requisitionen und Contributionen an den Bettelstab gebracht worden ist. Der Name der unglücklichen Gemeinde ist Sworop. So meldet die „Ausg. Allg. Stg.“.

Zum Nothstand in Oberschlesien.

Auf einer am 15. d. M. zu Ratibor abgehaltenen Conferenz von Vertrauensmännern gab, nach dem „Oberschl. Anz.“, Landrath Pohl zunächst eine Uebersicht über den Nothstand in seinem Kreise. Darnach liegen die Verhältnisse factisch so, daß die Arbeiterbevölkerung aus Mangel an schützender Bekleidung zu Hause sitzen muß und daß sie ihre einzigen Lebensmittel, bestehend in schlechten, wässerigen Kartoffeln, bereits aufgebraucht hat. Der dadurch hervorgerufene Nothstand sei nicht nur schon in vollstem Maße vorhanden, er sei durch den bedauerlichen Gesundheitszustand der nothleidenden Bevölkerung sichtbar nicht mehr fern von dem des Jahres 1847. Bei so drohender und schon vorhandener Gefahr habe er, der Landrath, den Beirath des Kreisausschusses und Kreisraths nicht mehr für ausreichend erachtet, sondern er habe geglaubt, den großen Kreis von Vertrauensmännern berufen zu müssen, der einen Beirath für die Verwaltungsbehörde bilden und seine vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung des Nothstandes finden solle. Der Landrath erachtet aber auch die Mitwirkung der Vertrauensmänner bei der Vertheilung der eingehenden Unterstützungen für unerläßlich nothwendig. — Das Nothstandescomité, das sich im Sinne des Herrn Landraths zunächst constituirt, ermächtigte denselben auch, event. Vertrauensmänner aus anderen, als den vertretenen Ortschaften zu cooptiren. Die Beratungen der Verammlung bezüglich der Hilfsmittel ergeben die Nothwendigkeit der Beschaffung von Kohlen, Oelen, Kleidern und der Einrichtung von Suppenanstalten für die Bewaffnung der letzteren hat der Landrath ihm geeignete Personen dazu in Vorschlag zu bringen. Es bliebe aber schon jetzt nicht aus, daß unvernünftige Anforderungen seitens Nichtbedürftiger an ihn gestellt würden, die Gefahr der Vergeßlichkeit wachse von Tag zu Tag, und deshalb stelle er an die anwesenden Herren die Bitte, den Leuten auf dem Lande klar zu machen, daß Alles, was da von Staat, Provinz und Privaten gekehrt, ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Die Ernährung des nothleidenden Volkes durch Kartoffeln, sagt Landrath Pohl, habe der Winter, der den Transport nicht gestatte, gebindert. Man müsse zu Hülfenfrüchten greifen. Am Sonnabend und Sonntag werden, wie der Landrath hofft, allerwärts, wo die Einrichtung der Suppenanstalten noch nicht besteht, diese eingerichtet sein.

Aus Gaischowitz, Kreis Rybnitz, schreibt der dortige Lehrer: „Der größte Theil der hiesigen Einwohner muß mit Lebensmitteln unterthüt werden. In den meisten Familien wird nur einmal gegessen. Kartoffeln sind schon lange nicht mehr vorhanden. In den vier zum hiesigen Schulbezirk gehörenden Gemeinden befindet sich nicht ein einziger Bauerngutsbesitzer. Der größte Theil der Kinder hat einen dreiviertelständigen Weg zur Schule. Die Eltern kleiden die Kinder gern schiden, wenn sie nur Kleider für dieselben hätten. — Die Schule wird in Folge des Mangels an Kleidung sehr schlecht besucht. . . Wird nicht Hilfe, baldige Hilfe geschickt, so müssen hier viele Familien verhungern!“ — Probst Volk in Rybnitz schreibt an Personen, welche ihm Unterstützung gesandt haben: „Es ist selbstverständlich, daß bei uns die Gaben ohne Rücksicht auf die Confession vertheilt werden, und die evangelischen wie mosaischen Mitbrüder werden sogar bevorzugt, um uns über jeden Verdacht zu erheben. Ich bitte Sie, sich auch ferner unserer anzunehmen, um die armen Bedrängten am Leben zu erhalten, denn Noth und Krankheit greifen um sich. Von Staatshilfe ist noch nichts zu verspüren. Wir werden auf der Prospekt bestärkt von halbnackten, hungernden Mitleidenden, Jeder will zuerst daran kommen. Die Listen der armen Familien sind fertig, vervollständigt, und die Vertheilung der Naturalportionen zu 10 Liter Roggen oder Rutzur und 1/2 Liter Salz geschieht nun in Ordnung und regelmäßig. Die eingegangenen Gaben können wir erst Abends abholen lassen, um sie zu verzeichnen und zu sortiren und dann an die Bedürftigen zu vertheilen.“

Der Cultusminister v. Puttkamer hat in Sachen des Nothstandes in Schlesien an die Vorstände des Vaterländischen Frauenvereins, Gräfin Charlotte v. Jzembis, zu Händen des Geh. Ob.-Reg.-Raths v. Böttcher, ein Schreiben erlassen, dem wir folgende Stelle entnehmen: „Ich gestatte mir, das wohlwollende Interesse des

Vorstandes für eine Einrichtung in Anspruch zu nehmen, welche sich bereits in dem ostpreussischen Nothstand vom Jahre 1867—68 in ganz besonders hohem Grade bewährt hat und wie wenig andere geeignet ist, dauernde Nachteile des Nothstandes von den betreffenden Gemeinden fern zu halten: ich meine die Einrichtung von Suppenanstalten für Schulkinder in den Schulen auf dem platten Lande. Während des Jahres 1867—68 bestanden solche Anstalten in den meisten Schulen des Reg.-Bez. Gumbinnen, namentlich in solchen Schulgemeinden, wo die Schulkinder weitere Wege bis zur Schule zurückzulegen hatten, fast überall eingerichtet und controlirt durch Organe des Vaterländischen Frauenvereins.

Die Einnahme der Zahl der Kinder zwischen der Vormittags- und Nachmittagschule statt. Die segensreichen Wirkungen dieser Einrichtung traten sofort und überall unverkennbar hervor; nicht allein daß zahlreiche Kinder, welche in Folge einer ungenügenden und unzureichenden Ernährung am leichtesten unterliegen, vor Hunger und Krankheit bewahrt wurden, erwacht auch für das sittlich religiöse Gebiet unverkennbar Vortheile. Während sonst im kalten Winter die Kinder der ärmeren Volksklassen zum Betteln ausgehant, oder von den Eltern auf den Bettelgängen mitgenommen und hiermit der Schule und der geregelten Erziehung entfremdet wurden, lag in Folge jener Einrichtung in dem Besuch der Schule ein besonderer Antrieb, und wie mir berichtet worden, war in den ärmeren ländlichen Gegenden das Verhältniß der Schulverlässlichkeit selten ein günstigeres als im Anfang des Jahres 1868. So gelang es damals, die Schulkinder vor leiblichem und geistlichem Schaden zu bewahren, und dem Staat eine Generation zu erhalten, welche unter anderen Bedingungen die Zahl seiner unnützen und gefährlichen Elemente vermehrt haben würde. Die Verhältnisse einzelner oberflächlicher Kreise namentlich was den ökonomischen und sittlichen Zustand der niederen Volksklassen und den räumlichen Umfang der Schulbezirke betrifft, liegen ähnlich wie in Litauen und ich zweifle meinerseits nicht, daß wenn der Verein sich der Einrichtung von Suppenanstalten in den Schulen unterzieht, die Erfolge seiner Thätigkeit ebenso reiche und geeignete sein werden, wie z. B. im Reg.-Bez. Gumbinnen. Zur Sicherung dieser Erfolge würde, wie gleichfalls die im ostpreussischen Nothstand gesammelten Erfahrungen lehren, die Gewährung von Kleidungsstücken an ärmere Schulkinder noch wesentlich beitragen, und dürfte die Ausdehnung der Thätigkeit des Vereins auch auf diesen Zweig des Wohlthuns vielleicht nicht außerhalb der Grenze liegen, welche der Vorstand für die Aktion seiner Organe zu ziehen gedenkt. Den verehrl. Vorstand ersuche ich ganz ergebenst, von den geliebten Beschülften mir gefälligst Kenntniss zu geben, damit ich geeigneten Falls in der Lage bin, die Schulbehörden der Prov. Schlesien beauftragt Aufnahme der Beziehungen zu den Organen des Vereins mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Cultusminister von Puttkamer über die Frage: Confessionelle oder Simultanen Schule? (Fortsetzung und Schluss.)

Auf dieser Schule beruht denn doch im Großen und Ganzen die gesamte moralische und intellectuelle Cultur des weitesten Theils unserer jetzigen Generation. (Sehr gut! rechts.) Und, m. H., wenn leider manche trübe Anzeichen in unterm Volksleben darauf hindeuten, daß die sittlichen Grundlagen, die wir bis jetzt festgehalten haben, sich lockern, so verdanken wir es meiner Auffassung nach wesentlich den hiesigen Schulverhältnissen. (Sehr wahr! rechts.) — Das die christliche Göttergötter-Gesittung immer noch die Grundlage unserer öffentlichen Zustände ist, m. H., das sollten meiner Meinung nach gerade diejenigen am bereitwilligsten anerkennen, welche, wie ich glaube, mit vollem Rechte zur Grundlage ihrer gesamten politischen Anschauungen untern väterlichen Glauben an die Güte unserer Volksnatur nehmen. Diese Herren sollten meiner Auffassung nach am langsamsten sein, wenn es sich darum handelt, dem an den bewährten Säulen unseres Unterwiesens stützenden Zeitgeist Unterdrückung und Verfall zu leihen. (Hört! Hört!) Auf der andern Seite ist ja nicht zu leugnen, daß mit der fortwährenden confessionellen Mischung unserer Bevölkerung und mit den, wie ich vollkommen annehme, auch in einfachen Verhältnissen gewachsenen legitimen Ansprüchen an die vermehrte Bildung und den Erwerb nützlicher Kenntnisse die consequente Durchführung des confessionellen Princips nicht unter allen Umständen möglich ist. Derselbe Verhältniß, Entfernungen, das dichte Nebeneinanderwohnen und Durchsichergemischtheiten verschiedener Bekenntnisse, das Fehlen der finanziellen Vorbedingungen an vielen Orten, alles das kann Zustände schaffen und schafft sie, unter denen die Simultanen Schule als die einzig mögliche Form der Erreichung eines vernünftigen Bildungszweckes angesehen werden muß. M. H., daran hat doch bisher noch Niemand gewagt, kein Minister hat daran getrachtet; es ist aber die Aufgabe der Verwaltung, in praxi an der Hand der Thatsachen sorgsam abzumessen, wie weit auf diesem Boden fortgeschritten werden darf; darum trete ich der ganze Staat. M. H., kann nach dem, was ich mir eben zu sagen erlaube, die Simultanen Schule allerdings unter gewissen besonders geordneten Verhältnissen und Voraussetzungen sich, wie ich vollkommen annehme, als ein nützliches und notwendiges Ausfuhrsmittel erkennen, so erscheint doch, meine ich, es unter allen Umständen unzulässig, die Entscheidung hierüber der unbedingten Autonomie der Gemeindebehörden im einzelnen Falle zu überlassen. (Sehr richtig!) Damit komme ich nun auf den eigentlichen Eingangsfall. Im Vordergrund der gegen meine Verfügungen geltend gemachten Einwendungen und erhobenen Widersprüche stehen zunächst die vom Magistrat zu Gding selbst laut gewordene. Er behauptet, er bedürfe zur Einrichtung von paritätischen Schulen überhaupt gar nicht der Staatsgenehmigung, der Staat könne ihn unmöglich zwingen, confessionelle Schulen einzurichten. Was letztere betrifft, so ist davon gar nicht die Rede, es handelt sich gar nicht um die Einrichtung von confessionellen Schulen, die dem Magistrat zugewidmet wird, sondern um die Wahrung des Bestandes der confessionellen Schule. Nun, m. H., beruft sich der Magistrat auf die großen Opfer, die er seit vielen Jahren für die Förderung des Volkswohlthums gebracht hat. Ich erkenne diese Opfer in vollem Umfange und danke an, aber, m. H., bringen andere große Gemeinden nicht ähnliche und noch größere Opfer, ohne daran das Verlangen zu knüpfen, nun foudert man zu entscheiden über die innere Organisation ihrer Schulen? (Sehr richtig! rechts.) Sehen Sie sich doch die Reichshauptstadt

Berlin an, f. Gemeinde die und Niemand über diese in zu entscheiden Hand zu be durch die gegeben, auf äußeren Leit Fragen mit Diese unbede bedentlichen Fragen un (sicher Körper bat uns mit die tauri lie den Zustand Fragen im J. Zinnen sagen müßten aus die Schultra Bezug auf im Centrum jeder Wabsp fall der W. fessionalisru fionalisierungs ministeriums Bei die tischen Körper über diese welche die (Zwischenru entscheidet folgen babe 17. Juni ganz allein nommen. das subject hier allein einfach in Gdruks über dem Commi Theil dessel wieweit die sich berech nicht zurück nummehr in der in ständigkeit ordnete lag Entschieden Geset, des hat in jebr einen sehr — ich weit lamentalrsten Neu hinaus, die Gding auf die Regier Kra, m. v. vertältnisse die politisch die Sie de Herr Abge gut! Heite heute beif wissen, ob bieten es m. H., der seinen Rea Führen geis in mich bo m. H., ein so lösen Fülle diesen Aus mir in der unbedrillig So to ob, als schreitende tischen Sch ohne sich aufzulgen Zuverficht auf das eintreten t der Regio Rechte re geben tein währendlaff zwei oder wie in d confessione hatte sich Sache ab tischen B bleiben d verfügte. Daß mei ariff, geba Gegenüber wuf der alle, die sönlich nie und versch Momente eizgeforde Simultan hätte ich troffen.

Frage:

und Ganzen
es weitau
nt! redt's).
in unterm
olagen, die
nen wir es
chulcintri-
anung und
n Zustände
diejenigen
mit voll-
schäumgen
Volksstatur
am lange
n bemühen
nterstützung
Seite ist
insefionellen
vollkommen
n legitimen
es nöglichst
eiden Prin-
te Verhält-
und Dürk-
Zeteln ver-
das kann
ni tschule
ernähnt hat
an hat doch
an grüßte;
der Hand
einem Boden
ange Staat.
nen erlaßt
es gearteten
stommen an
n Umständen
Autonomie
ssen. (Seit
gen Elbinger
gen geltend
stehen zu
erdenen. Er
den Schulen
Staat könne
n. Was
handelt sich
Schulen, die
Babrung des
beruht sich
ielen Fabren
at. Ich er-
ne an, aber,
und noch
nun souvet
der Schulen?
schöpfungsstadi

Besten an, sehen Sie sich doch Breslau an, Köln, überall ist die Gemeinde die opferbereite Trägerin der Schulunterhaltungspflicht, und Niemand denkt daran, dem Staat das Recht zu bestreiten, über die inneren Organisationsfragen nicht gerade ausschließlich zu entscheiden, aber doch die entscheidende Mitwirkung in der Hand zu behalten. Den Städten, namentlich den größeren, ist durch die Einrichtung ihrer Schuldeputation reichlich Gelegenheit gegeben, außer der ihnen durch die Verfassung übertragenen äußeren Leitung der Schulangelegenheiten auch in den inneren Fragen mitzuspreehen, aber in den nöthigen Grenzen, sage ich. Diese unbedingte communale Autonomie hat denn doch ihre sehr **bedenklichen** zwei Seiten. Wollen Sie denn alle diese wichtigsten Fragen unseres Volkslebens den wechselnden Majoritäten städtischer Körperschaften anheimgeben? (Hört! Hört!) Der Herr Geist hat uns mit sehr warmen Worten vor den Gefahren gewarnt, die darin liegen, wenn Parlamentsmajoritäten in ihrer wechselnden Zusammensetzung in die Lage gebracht werden, auf diese Fragen im Petitionswege zu entscheiden. Nun, m. H., ich kann Ihnen sagen, daß in der Rheinprovinz z. B., wo fast die Gemeintheuten aus bekannten Gründen vielfach aufgeregter sind, gerade die Schulfrage der Ausgangspunkt der sämmtlichen Kämpfe in Bezug auf die städtischen Wahlen geworden ist. (Sehr wahr! im Centrum.) Daß in einzelnen Gemeinden diese Majoritäten in jeder Wahlperiode wechseln und daß sich daran je nach dem Ausfall der Wahlen das Verlangen knüpft: Simultanisirung, Con- fessionalisirung, wieder Simultanisirung und dann wieder Con- fessionalisirung, (Heiterkeit.) das liegt in den Acten des Unterrichts- ministeriums erwieien.

mittheilungen ertheilen.

Bei vielen Unberechenbarkeiten der Strömungen in den städtischen Körperschaften ist es mir denn doch lieber, die Entscheidung über diese Dinge einer Ministerialinstanz anvertraut zu sehen, welche die oberste, nicht nach Willkür und subjectivem Ermessen (Zwischenruf: Wenn so!), sondern nach feststehenden Traditionen entscheidet. Die Tradition, welcher ich auf diesem Gebiete zu folgen habe ist das Recept meines Herrn Amtsvorgängers vom 17. Juni 1876. Die Bestimmungen dieses Receptis habe ich ganz allein und ausschließlich zur Basis meiner Entscheidung genommen. Wenn der Herr Abg. Gneist also davon spricht, daß das subjective Ermessen des Ministers, das täglich wechseln könne, hier allein die entscheidenden Normen abgibt, so irrt er sich ganz einfach in der Thatssache. M. H! Ich hatte nun hier einen Excurs über alle diejenigen Dinge anzuführen können, welche in dem Commissionsbericht erörtert sind und welche auch den breiten Theil derselben einnehmen, namentlich also die Frage, ob und in wie weit die confessionelle Schule überhaupt in Preußen eine gesetzlich berechtigte Existenz habe. Da Herr Gneist auf die Punkte nicht zurückgekommen ist, so unterdrücke ich das auch und gebe nunmehr über auf den von ihm allerdings verbrüteten, aber nicht in der in seinen Ausführungen im Berichte enthaltenen Vollständigkeit berührten Punkt der Zuständigkeit. Der Herr Abgeordnete sagt, daß der Minister in dieser Frage mit Recht die Entscheidung in Anspruch nehmen dürfe, das ist ja in seinem Befehl, deshalb muß man darüber doch sehr zweifelhaft sein. Er hat in seinen Ausführungen in der Commissionsverhandlung einen sehr viel schwächeren Standpunkt eingenommen, den er jetzt — ich weiß nicht aus welchen Gründen, vielleicht solchen der parlamentarischen Politik — nicht mehr eingenommen hat. Seine ersten Aeußerungen in der Commission gingen geradezu darauf hinaus, die Zuständigkeit des Ministers auszuschließen, speciell für Elbing auf Grund der Schulordnung von 1845; danach sollten die Regierungs-Collegien in letzter Instanz ab-rath entscheiden. Nun, m. H., daß das einfach heißt, die prechtigen Verwaltungsverhältnisse auf den Kopf stellen (sehr richtig), vor allen Dingen die politische Verantwortlichkeit des Ministers unmöglich machen, die Sie doch selbst in Anspruch nehmen (sehr gut!), das hat der Herr Abgeordnete Gneist wahrscheinlich inzwischen eingesehen (sehr gut! Heiterkeit), und er hat danach seine Front verändert. Heute heißt es nun bloß: Ja, man konnte das nicht so genau wissen, ob der Minister competent ist oder nicht, die Gesetze verbieten es nicht, aber sie sagen es doch auch nicht geradezu. M. H., der Herr Abgeordnete weiß, welche hohe Achtung ich vor seinen Kenntnissen habe; ich habe selbst vor 30 Jahren zu seinen Füßen gesessen und habe das Wenige, was ich von Jurisprudenz in mich habe aufnehmen können, ihm zu verdanken. Aber, m. H., ein so völliges Uebersehen unserer in Preußen doch in zahllosen Fällen niedergelegten Verwaltungspragmatik, wie es in diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten enthalten ist, ist mir in der That noch nicht vorgekommen, und offen gestanden, unerträglich. (Sehr gut!)

Ich komme zum Kernpunkt unseres Streites, zu der Frage, ob, als die Ebing'er Beikwerbe an mich gelangte, die fortschreitende Organisation der Simultanisation der dortigen städtischen Schulen bereits so weit gediehen war, daß der Minister, ohne sich dem Vorwurf der Rücksichtslosigkeit und Schroffheit auszuweichen, nicht mehr einschreiten durfte. Geheißt hat mit großer Zuversicht nachzuweisen gesucht, es sei alles fertig gewesen bis auf das Morgengebet, mit dem man in die neue Schule hätte eintreten können. Es ist ja allerdings durch das ganze Verfahren der Regierung in Dängzig dem Magistrat mit einem gewissen Rechte der Glaube entstanden, es werde seinem weiteren Vorgehen kein Widerspruch entgegengekehrt werden; aber dieses Gewährentlassen schaffte kein Recht für die städtische Behörde. Vor zwei oder drei Jahren waren in Köln genau dieselben Verhältnisse wie in Ebing. Die Stadt Köln wollte auch ihre sämmtlichen confessionellen Schulen simultanisieren und die Regierung in Köln hatte sich diesem Bestreben in starkem Grade angeschlossen. Die Sache aber endigte damit, daß der damalige Minister die städtischen Behörden mit ihren Wünschen zurückwies und das Verbleiben der Schulen in ihrer alten confessionellen Verfassung verordnete. Dagegen hat damals kein Mensch Beikwerbe erhoben. Daß meine Entscheidung nicht in eine abgeschlossene Sache eintritt, geht aus der ganzen Geschichte des Streifalles hervor. Gegenüber dem mich innerlich am peinlichsten berührenden Vorwurf der Rücksichtslosigkeit und Schroffheit berufe ich mich auf alle, die mich kennen und genau wissen müssen, daß mir persönlich nichts fataler ist als Rücksichtslosigkeit und Schroffheit, und versichere, daß ich es selbst lebhaft bedauerte, erst im letzten Momente entscheiden zu können. Ich habe mehreremal Bericht eingeordert; hätte ich den vorgeschlagen Plan gehabt, die Ebing'er Simultanschule, was man so nennt, abzumnden (Sfeterleite) dann hätte ich schon nach dem ersten Bericht meine Entscheidung getroffen. Ich wollte mich aber aufs genaueste informieren und

erbielt trotz ansehnlicher Beschleunigung erst am 7. October den letzten Regierungsbefehl. Da am 9. October die Einweisung des neuen Schulhauses erfolgen sollte, mußte ein telegraphisches Verbot erfolgen. Dabei wurde in allen Stadien der schwebenden Entscheidung dem Magistrat regierungsfreig stets nach geliebt, den status quo vor der Entscheidung nicht zu ändern. That er es doch, so that er es auf seine Gefahr hin, und eine zwingende Nothdich für die Aufsichtsbehörde kann doch daraus unmöglich erwachsen. Bei der Entscheidung, wie ich sie gefaßt, fallen die Gründe schwer ins Gewicht, die mir von Seiten der protestirenden Hausväter sachlich gegen den Plan des Magistrats vorgebracht wurden. Die Frage, ob in dem von dem Magistrat zur Elbing angestrebten Schritt eine wesentliche Verbesserung der dortigen Schulschläge gelegen hat, muß ich nach sorgfältiger Prüfung verneinen. Die zwei hier geltend gemachten Gesichtspunkte, das Vermeiden zu weiter Schulwege und der Ueberfüllung der Klassen, stellen zahlenmäßig eine nur so geringe Verbesserung gegen die jetzigen Zustände dar, daß sie die Entscheidung kaum zu beeinflussen geeignet waren. Ein ganz ähnlich liegender Fall, das Ansuchen der Stadt Elbing, um Simultanisirung sämtlicher städtischer Schulen, das mit den nämlichen Gründen belegt war, wurde im Herbst 1878 von meinem Vorgänger im Amte abschlägig beschieden. Was den Vorwurf anlangt, durch meine Verfügungen wesentliche Interessen der Stadt Elbing verletzt zu haben, so würde ich im Falle der Ueberzeugung, daß eine solche Gefährdung auch nur möglich sei, trotz meiner principiellen Besorgnisse die Verfügung nicht erlassen haben. Es ist richtig, daß die Stadt Elbing in den letzten Decennien 600 000 Mark für die Verbesserung ihres Schulwesens aufgebracht hat; aber wofür? Für die Errichtung einer Realschule, einer höheren Mädterschule, zweier siebenklassigen Mittelschulen; für den Anbau der drei bisher im Besitz der confessionellen evangelischen Knaben- und Mädterschulen Schulhäuser und für den Bau vieler beruflichen Nikolaischulen. Von allen diesen Bauten kommt hier nur das an die Stelle des Nikolaischulhauses neu getretene Bezirkschulhaus mit 45 000 Mark in Betracht. Aber auch diese Summe hat die Stadt Elbing nicht in Folge meiner Verfügung ausgegeben. Der Magistrat hat mit größter Bestimmtheit erklärt: die Nikolaischule entspricht den Anforderungen der Jetztzeit nicht; wir müssen einen Neubau ausführen. Unter Umständen hätte sogar die Aufsichtsbehörde so frei sein können die Stadt Elbing dazu anzubahnen und ihre Initiative gar nicht abzuwarten. Wenn in einer Stadt wie Elbing die unterste Klasse der bereits bestehenden paritätischen Schule 102 Kinder zählt, dann läge ich: das ist zu viel; sie müssen dafür sorgen, daß sie mehr Klassen schaffen. Wo ist hier in aller Welt der finanzielle Schaden und die finanzielle Bedrängnis, in welche ich die Stadt Elbing gebracht habe? Sie hat nicht einen Groschen mehr ausgegeben für dasjenige, was ich von ihr verlange, als für dasjenige, was sie selbst sich bereitet hat. (Hört! Hört!) Zu meiner Entscheidung habe ich mich von der Nothwendigkeit lassen, daß ich es als Pflicht der obersten Verwaltung betrachte, confessionelle Minderheiten da, wo ihre Rechte und Interessen bedroht sind, zu schützen. (Hört! Hört!) Wir leben in einer Zeit intensiver confessioneller Spannung, und es ist niemand unter uns, der nicht dringend wünscht, daß diese Zeiten bald vorüber geben. (Sehr wahr!) Aber sie bestehen doch und ist gewiß nicht dazu angethan, confessionelle Minderheiten hineinzuzwingen in Schuleinrichtungen, die ihrer kirchlichen Ueberzeugung absolut widersprechen. (Sehr richtig!) Man sagt die Simultanische befördere die Ausgleichung der confessionellen Gegensätze — die Acten des Cultusministeriums reden eine andere Sprache und künden ihnen die Ueberzeugung beibringen, daß man in diesen Sachen nicht vorsichtig genug sein kann. (Sehr wahr!) Im Elbinger Falle schien mir diese äußerste Siderheit abzuweisen, und ich hielt mich für verpflichtet, den Schritten der confessionellen Minderheiten eintreten zu lassen, welchen das Gesetz in meine Hand legt. Nach meinen Ausführungen werde ich es schließlich finden, wenn ich mich gegen den Antrag stellen und das Haus bitte, einer Commission beizutreten. Zugabe mich bemüht nachzuweisen, daß ich mich bei meiner Verfügung streng in den Grenzen meiner gesetzlichen Zuständigkeit gehalten, daß ich kein wesentliches Gemeininteresse verlegt, daß ich die richtige Entscheidung getroffen und schließlich auch dasjenige gethan habe, was einer confessionellen Minderheit zu der ihr gebührenden Schutze verhilft. Möge Ihr Votum so ausfallen, daß vor dem Lande klar werde, wie auch in dieser Versammlung die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Erhaltung der getrennten Grundzüge unserer Volkserziehung und des Schutzes der confessionellen Minderheiten zum vollen und erleuchteten Bewußtsein gekommen ist. (Lebhafter anhaltender Beifall recht vieler Minderheites Büdnen links.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 21. Decr. Wie das jedesmalige Verzeichniß der eingegangenen Liebesgaben beweist, haben wir uns nicht vergeblich an den Wohlthätigkeits-sinn unserer Leser zu Gunsten der Nothleidenden in Oberfranken gewandt. Mit Rücksicht auf Dasjenige, was in Folge des harten Winters für unsere Armen mehr geschehen muß, können wir sogar sagen, daß die Liebesgaben reichlich: fließen, als wir glaubten erwarten zu dürfen. Dazu kommt noch, daß, wie wir aus einer Ausrufmachung des Herrn Landraths von H e i n s b e r g in der „Neuer Zeitung“ ersehen, auch die Herren Bürgermeister des Kreises in allen Gemeinden Sammlungen veranstalten. Wenn auch ein Theil Derjenigen, bei welchen diese offizielle Sammlung ausschließlich stattzufinden scheint, es vorzieht, die Spenden anonym uns einzulenden, so werden jene Sammlungen wohl doch auch noch ein nettes Resultat erzielen.

Da alle aus Oberhessen eingehenden Berichte über großen Mangel an Kleidungsmitteln klagen, theilen wir andurch mit, daß wir von heute ab auch noch brauchbare Kleidungsstücke jeglicher Art, für Männer, Frauen und Kinder, annehmen. Dieselben können bis auf Weiteres tagüber bei uns und Abends zwischen 5 und 7 Uhr in der Gesellschaft „Constantia“ abgegeben werden. Die eingehenden Gaben schicken wir an unverzüglich Abreisen in den verschiedensten, von der Noth heimgesuchten Kreisen.

⊙ **Hemmerden**, 20. Dec. Es scheint, daß bei der jetzigen schlechten Zeit sogar sehr bekannte Wege durch verdächtige Subjecte unsicher gemacht werden sollen. Gestern Abend passirte nämlich ein Mann aus Hemmerden, der mit dem letzten Personenaus aus von Neuf nach Capellens-Bewellingsboven gefahren war, den

befannten Feldweg vom Bahnhof nach Hemmerden. Auf diesem gefellte sich ein verdächtiges Individuum zu ihm, welches durch allerlei verdächtige Fragen dem Manne Anjitz einflößte. Dieser blieb darum einen Augenblick stehen und sah sich nach allen Seiten um, ob sich Niemand in der Nähe befände. Als er Keinen bemerkte, fing er an zu laufen, worauf das verdächtige Subject einen Schuß auf ihn abfeuerte und mit Laufschiffen ihn bis beinahe auf die Neuffer Chaussee verfolgte. Noch einmal machte er von seiner Schlegelwaffe in verbrecherischer Absicht Gebrauch. Gott sei Dank verfehlten sämtliche drei Schüsse ihr Ziel. Der Verfolger lenkte seine Schritte wiederum dem Bahnhof zu.

Köln, 18. Dec. Der Schulpflichtpector hat, laut der „K. Ztg.“, an die Rectoren der städtischen Elementarschulen eine Verfügung erlassen, nach welcher die Schulkolles eventuell auch Nachts geheizt und Coaks zur Heizung mißverwendet werden sollen, weil bei der anhaltenden strengen Kälte sonst die nöthigen Warmgrade nicht erzielt werden könnten.

Bayenthal, 16. Dec. Ein von mehreren Gemeinderathsmitgliedern eingereicherter Antrag, daß den Büchlichen auch außerhalb der Schulzeit die Schulzimmer zur Ertheilung des christlichen (nicht des schulpflichtmäßigen) Unterrichtes eingeräumt werden sollen, kam, laut der „A. Bztg.“, in der am 10. d. abgehaltenen Gemeinderathsitzung zur Verhandlung. Trotz der vom Bürgermeister dagegen erhobenen Einwände wurde der Antrag mit allen Stimmen gegen die dissentirende des Bürgermeisters angenommen.

Radesheim. 18. Dec. Die Eisbede des Rheines wieder, wie der „*Bl. st.*“ berichtet, zwischen hier und Bingen von Fußgängern sehr stark benutzt. Gute fuhr ein Wagen mit zwei Maultiern bespannt hinüber. Da die Eisbede jetzt einen sicheren Uebergang gewährt, so ist die Polverbindung zwischen Radesheim und Bingerbrück seit gestern zur Tageszeit durch Post-Fußboien wieder hergestellt.

Caub. 17. Dec. Der Mainz. Anz. schreibt: Ein großer Unglück wird uns von Leuten, die heute den Rhein aufwärts kamen, berichtet. Ein Lehrer nämlich, der mit circa 30 Kindern bei Caub die Schliffhubbahn besuchte, soll mit denselben sich an eine etwas unzuverlässige Stelle gewagt haben und eingebrochen sein. Von 30 Kindern sollen bis auf 9, die man noch zu retten vermochte, alle Uebrigen und zwar mit dem Lehrer ertrunken sein. Bestätigungsaussage fehlt bisher.

Steele, 18. Dec. Durch ein entsetzliches Brandunglück ist in verfloßener Nacht die Familie K. am Bahnhofsplatze hingebrannt worden. Gegen 1 Uhr entzünd auf bis jezt unaussprechbare Weise in einem nachbarlichen Sargmagazin Feuer, welches mit solcher Verheerung um sich griff, daß in Kargen das Haupthaus und die beiden Nebengebäude des K. in vollen Flammen standen. Ein Nachbar, welcher frühzeitig den Brand bemerkte, versuchte den K. zu wecken, indem er eine Fensterheube an dem Schlafzimmer desselben zertrümmerte, erhielt dabei aber eine gefährliche Verletzung der Fußgader. In dem wirren Durcheinander, welches jezt in den von vielen Familien besetzten Gebäuden entstand, wurde bald der Hausherr K. vermißt; derselbe war trotz mehrseitiger Warnung in den Saal gegangen, welcher bald darauf zusammenstürzte. Man fand später die total verkohlenen Überreste eines Körpers, hielt dieselben zuerst für die des Hausherrn, erkannte dieselben aber später als die des Hausherrn, da die Taischen desselben in der Nähe lag. Eine Tochter des Verunglückten, welche vor kaum acht Tagen verheiratet worden war und sich auf die Strafe gerettet hatte, vermißt erst, nachdem alle Rettungsveruche vergeblich und die Gebäude ihrem Schicksale überlassen worden mußten, ihr Kind, welches im vierten Stockwerke im Bette lag. Trostlos aber das Betreten des in von Flammen befehligen Hauses den sicheren Tod für sich haben mußte, stieg der Schwermüthester Vollgenuß von New-Scottland bis zum tiefen Stockwerke hinauf und brachte, in dem unburchdringlichen Qualm allein von dem Stöhnen des erstickenden Kindes geleitet, dasselbe glückselig und lebend der Mutter zurück.

Wünster, 18. Dec. Unsere Staatsverordneten haben laut dem „Westf. M.“ in ihrer gefälligen Abänderung mit Stimmens-Einmütigkeit beschlossen, dem Magistrats die Wiedererrichtung einer fließenden Pianoanleiheanstalt in Vorschlag zu bringen, um dem wahren Wohlgeheuen der Stadt, welcher mit dem gleichlich nicht mehr verfolgbaren Wadergeschäften getrieben wird, ein Gegenwicht zu bieten.

Münster, 19. Dec. Wie der „Merk.“ hört, sind gestern ein Bürgermeister und ein Steuer-Empfänger des Regierungs-Bezirks Münster eingezogen und gefangen hierher gebracht worden.

Zermischtes.

— Der Bischof von Ermeland verlor durch die Besitznahme des preussischen Hauses in Polen einen Theil seiner Einkünfte. Als er nachmals dem Könige von Preussen seine Aufwartung machte, fragte dieser: „Sie können mich schwerlich lieben, Herr Bischof?“ Der Prälat antwortete: „er werde nie die Missethät der Unterthanen gegen seinen Monarchen vergessen.“ „Ich,“ erwiderte der König, „mache starke Rechnung auf Ihre Freundschaft. Sollte mir Petrus einst den Cingang ins Himmelreich versagen, so werden Sie, hoff ich, mich unter Ihrem Mantel hinein schlüpfen lassen.“ — „Das wird schwerlich angehen,“ sagte der Bischof, „Gew. Majestät haben diesen Mantel zu sehr beschmitten, als daß man noch Contrebande darunter verladen könnte.“

Fruchtpreise zu Neuz am 23 December.				
Weizen	1. Qual.	23 50	Galer	14 20
	2. "	21 50	Rüben (Rueel)	24 90
	3. "	—	Raps 1. Qual.	25 70
Landroggen	1. Qual.	18 20	2. Qual.	24 20
	2. "	17 20	Kartoffeln	7 20
Gerste	Winter-	16 50	Hen	8 40
			Roggenstroh	4 80
Buchweizen 1. Qual.		17 —		
Preise unverändert.				
Rübsl per 100 Kilo in Bartheen von 100 Ctr.			59 —	
Rübsl per 100 Kilo faßweise			61 —	
Gereinigtet Oel per 100 Kilo 3.—		M. höher als Rübsl.		
Veckfuchen per 1000 Kilo			160 —	
Reigen-Bordau 00 per 100 Kilo			84 —	
Kleien per 50 Kilo			6 —	
Ruchen höher.				

